

# Lübke Bundespräsident

## Absolute Mehrheit im zweiten Wahlgang — Heuss gratulierte

Berlin (dpa). Der 64 Jahre alte Bundesernährungsminister Dr. h. c. Heinrich Lübke ist am Mittwochnachmittag von der Bundesversammlung in der alten Hauptstadt Berlin von dritten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Als Kandidat der CDU/CSU erhielt er im zweiten Wahlgang 526 Stimmen und damit die erforderliche absolute Mehrheit.

Seine Gegenkandidaten, Professor Carlo Schmid von der SPD und Dr. Max Becker von der FDP, erreichten nur 386 und 99 Stimmen. 22 Mitglieder der Bundesversammlung enthielten sich der Stimme. 1033 der 1038 Wahlmänner gaben in diesem Wahlgang ihre Stimme ab.

Lübke nahm die Wahl sofort an, nachdem Bundestagspräsident Gerstenmaier, der auch den Vorsitz der Bundesversammlung führte, die Entscheidung bekanntgegeben hatte. Am 15. September wird der neue Präsident in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat in Bonn auf das Grundgesetz vereidigt. Er tritt dann für fünf Jahre die Nachfolge von Bundespräsident Heuss an, der zehn Jahre lang Staatsoberhaupt der Bundesrepublik war und dessen Amtszeit am 11. September abläuft.

Die Bundesversammlung nahm die Wahl Lübkes mit großem Beifall auf, nachdem sie mit Spannung darauf gewartet hatte, ob der zweite Wahlgang nach der ergebnislosen ersten Abstimmung die Entscheidung bringen würde. Im ersten Wahlgang hatte Lübke nur 517 der 1030 abgegebenen Stimmen erreicht und so nicht die im Grundgesetz vorgesehene absolute Mehrheit erzielt. Carlo Schmid konnte im ersten Wahlgang 385, Becker 104 Stimmen auf sich vereinigen. Außerdem gab es im ersten Wahlgang 24 Stimmenthaltungen.

Lübke dankte der Bundesversammlung für das Vertrauen, das ihm erwiesen wurde, und versicherte, er wolle auf den von Bundespräsidenten Heuss geschaffenen Grundsätzen weiterarbeiten. Heuss gratulierte unmittelbar nach der Wahl seinem Nachfolger.

### Sorge um 17 Millionen Deutsche

Lübke hat die Absicht, die Geschäfte als Bundesernährungsminister bis zur Übernahme seiner Amtszeit als Bundespräsident zu führen.

### Verhandlungen bis zur Lösung

Bonn (ap/dpa). Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ hat in gleichlautenden Schreiben die Außenminister der vier Großmächte gebeten, die Verhandlungen über Deutschland bis zu einer Lösung fortzusetzen. Das Kuratorium schlägt vor, in Genf politische und diplomatische Instanzen zu bilden, die als ständige Organisation über die ungelösten Fragen Deutschlands und Europas und über die internationale Sicherheit beraten solle. Ferner fordert das Kuratorium, daß die Freiheit und Sicherheit Berlins gewährleistet bleiben müßten. Freizügigkeit, Glaubensfreiheit, Reisefreiheit und freier Gedankenaustausch sollten für ganz Deutschland schon vor der Wiedervereinigung gesichert werden.

despräsident Mitte September auslaufen zu lassen. Er möchte auch noch im August Urlaub nehmen. Was seine politische Standfestigkeit angeht, so hat der neugewählte Bundespräsident durch sein Bekenntnis zur Demokratie von 1933 bis Ende 1935 im Gefängnis gesessen. In der nationalsozialistischen Zeit ist er schwerer materieller Bedrängnis ausgesetzt gewesen. In der Hitlerzeit wäre für ihn, wie der weißhaarige neugewählte Bundespräsident sagte, die Auslöschung eines jeden Rechtsempfindens die größte Belastung gewesen. Lübke unterstrich, daß er 23 Jahre in Berlin gelebt und auch auf Grund seiner Tätigkeit im bäuerlichen Siedlungswesen in Schlesien den Osten genau kenne. Als neues Staatsoberhaupt sei ihm das Los der 17 Millionen in Mitteleuropa und die schwere Lage der geteilten Stadt Berlin ein Problem, das „mich täglich mit drückender Sorge erfüllt“.

### Stimmen zur Wahl

SPD-Vorsitzender Ollenhauer sagte nach der Wahl: „Die SPD nimmt die Entscheidung der Bundesversammlung zur Kenntnis. Sie wird dem gewählten neuen Bundespräsidenten ebenso wie seinem Vorgänger, und wie es dem Amte gebührt, mit Loyalität und Achtung gegenüberstehen.“

Der „Deutschland-Uniondienst“ der CDU/CSU schreibt, die dritte Bundesversammlung habe eine gute Wahl getroffen. Sie habe einen Mann an die Spitze des Staates berufen, der durch sein Leben und seine Leistung den Beweis erbracht habe, daß er des höchsten Amtes würdig sei.



## In 40 Jahren nichts gelernt

K. W. B. Wir haben, mehr als 14 Jahre nach Kriegsende, noch keinen Friedensvertrag. Aber wir haben auch nicht das Trauma von einem Diktat, das uns die Weimarer Republik zertrübt und Hitler beschert hat. Mit dem Friedenmachen waren vor vierzig Jahren die westlichen Besieger Deutschlands wohl schneller bei der Hand als der Weltkommunismus heute. Er faßt freilich das Friedenmachen anders auf als seine westlichen Zwangspartner aus dem zweiten Weltkrieg. Als heute vor vier Jahrzehnten in Versailles, am 28. Juni 1919, die Mächtigen der Entente Deutschland den Frieden von Versailles aufzwingen, geschah das mit einem Dokument, das zum ersten Male das Recht und die Gerechtigkeit von Friedensverträgen fragwürdig machte. Die Herren von Versailles verfahren in der Methode nicht anders als die Friedensmacher aller vorangegangenen Epochen. Fast alle Friedensschlüsse haben die Grenze verrückt und den Besiegten Lasten und Tribute abgefordert. Doch in den 8 Monaten vom November 1918 bis zum Juni 1919 haben die Autoren von Versailles viel Ehrgeiz darangesetzt, das ganze europäische Staatensystem zu zerstören und eine moralisch-politische Einteilung der Nationen in Sieger und Besiegte einzuleiten. Sehr schnell mußten sie erleben, daß sich in den Folgejahren eine Annäherung der Deklassierten entwickelte. So konnten sie in der Nachwirkung des Friedensdiktats die Sowjets und die deutschen Kommunisten unter den deutschen Marschierern gegen den Versaillismus finden. Der Ausfall des deutsch-sowjetischen Vertrages von Rapallo war eine erste Verzweiflungsallianz gegen das Diktat des Friedens von 1919.

\*

Die Hoffnung freilich, daß die Sowjets aus ihrer eigenen Misere von 1919 gelernt hätten, daß sie also einem Friedensvertrag ähnlicher Konstruktion wie dem von Versailles heute

widerstünden, gehört leider auf den Schutthaufen der Geschichte. Sie können heute ja sogar mit Recht in Anspruch nehmen, schon mehrere Male die Konzeption eines Friedensvertrages für Deutschland vorgelegt zu haben. Doch diese Konzeptionen von 1950, 1952 und 1958 sind eben von einer Art, die uns den vertraglosen Zustand — wenn nicht liebenswerter —, so doch ungefährlicher erscheinen lassen.

\*

Was uns dagegen die Westmächte an Friedensangeboten nicht nur offerierten, sondern seit Jahren mit uns praktizieren, hat sich immer mehr von den Versailler Friedensvorstellungen entfernt. Wie unvergleichlich weit gingen noch die Vorstellungen über Versailles hinaus, die in den letzten Kriegsmontaten bei den gemeinsamen alliierten Besprechungen Deutschland angedroht waren. Ein gigantisches Überversailles war in den Deklamationen erkennbar, die in Yalta und auch noch in Potsdam dokumentarisch niedergelegt worden sind. Ein Friedensvertrag, der sich auf dieses Deutschlandbild für eine insbesondere geistig und sozial entmachtete Nation gründen sollte, ist nicht zustande gekommen. Zum Glück — so können wir heute sagen — haben nicht einmal die drei Jahre der alliierten Zusammenarbeit im Kontrollrat ausgereicht, um uns ein solches Diktat zum Vegetieren aufzunötigen. Im Laufe der Jahre ohne Friedensvertrag haben wir statt dessen von Jahr zu Jahr mehr erfahren gelernt, daß der Vertrag gar nicht unsere erste nationale Sehnsucht sein kann.

Auf der einen Seite leben wir mit unseren westlichen Freunden in einem Verhältnis, das uns kein Friedensvertrag so hätte garantieren können. Wohl haben wir Vertragsbindungen mit ihnen, die völkerrechtlich korrekt sind; aber unsere Beziehungen betreffen nur den freien Teil Deutschlands. Wir sind deshalb vielfach und gerade bei den national entscheidenden Problemen auf mancherlei vertraglich nicht vereinbarte und auch gar nicht zu vereinbarende Freundschaften angewiesen. Dieser Zustand der Freundschaft hat aber in den

letzten Jahren für uns eine Rechtssicherheit geschaffen, die uns bisher kein Friedensvertrag früherer Art gebracht hat.

Zum anderen aber sind wir an Erfahrung reich über die Fähigkeit, die die Sowjets haben, ihre Abmachungen praktisch zu interpretieren. Der Weg der heute völlig von den Sowjets kontrollierten Zone Deutschlands ist mit solchen „Interpretationen“ von Abmachungen gepflastert. Die Sowjetisierung der Zone ist ein einziger Anschauungsunterricht dafür, wie die Sowjetunion Verträge und Abmachungen, die Deutschland betreffen, umzudeuten versteht.

Wenn sich die Sowjets wundern sollten, daß wir Deutschen nicht lauthals auf ihre Friedensvertragsvorschläge eingehen, und wenn wir unseren westlichen Freunden noch dazu raten, sich nicht darauf einzulassen, so sollten sie solches naive Erstaunen mit unseren Landsleuten in der Zone diskutieren. Von den Resolutionen, die Ulbrichts Propaganda-Apparat nach Genf geschickt hat, hält heute kein Politiker mehr etwas. Wohl aber weiß jeder Mann, daß die Deutschen heute noch lieber länger auf einen Friedensvertrag warten, als sich einen einzuhandeln, der Frieden sagt und die Sowjetisierung Deutschlands meint. Versailles war ein untauglicher Versuch, der politischen Schwierigkeiten in Europa durch ein veraltetes System von Gebiets- und Machtverschiebungen Herr zu werden. Ein Friedensvertrag, wie ihn die Sowjets heute Deutschland anbieten, wäre nicht nur schlimmer als das Versailles von 1919. Er wäre der Versuch, Europa die Mitte zu nehmen und den alten Kontinent sterbensreif zu machen.

\*

14 Jahre lang leben wir ohne einen Friedensvertrag. Natürlich wäre es gerecht gegenüber der Geschichte, wenn diese ungewöhnlichste aller Nachkriegsperioden formal endlich durch einen Vertrag abgeschlossen werden könnte. Aber ein Vertrag läßt sich nicht schließen mit jemand, der gesonnen ist, den Vertragschließenden als sein Eigentum zu betrachten.



# Rubel rollen für Assuan

Verhandlungen über den Staudamm in Kairo — Bonn und Pankow beteiligt

V. Kairo (Eigenbericht). In diesen Tagen vereinigt sich in Kairo unter Vorsitz von Mussa Arafat, dem ägyptischen Minister für öffentliche Arbeiten, im Beisein der sowjetischen Assuan-Delegation eine Gruppe von Sachverständigen aus der Bundesrepublik und der Sowjetzone, aus Frankreich, Großbritannien und Amerika, um die sowjetischen Abänderungsvorschläge für den Bau des Assuan-Hochdamms zu studieren. Diese Vorschläge bezwecken nichts anderes als die Teilnahme Rußlands, die bisher auf die erste Bauphase des Damms beschränkt war, nicht nur auf die zweite auszudehnen, sondern gleichzeitig westliche Mitarbeit möglichst auch bei der zweiten Phase auszuschalten.

Als im vergangenen November die Sowjets nach verhältnismäßig kurzen Verhandlungen sich bereit erklärten, den Assuan-Hochdamm zu bauen und die erforderlichen Kredite über 35 Millionen äg. Pfund für die Lieferungen des notwendigen Maschinenparks, Bau- und anderen Materials für die erste Bauphase von fünf Jahren zu einem so vorteilhaften Zinsfuß von zwei Prozent zur Verfügung zu stellen, war die Aufregung im westlichen Lager groß.

Seit der Offiziers-Revolution im Jahre 1952 hatte die ägyptische Regierung mit deutschen, französischen und britischen Industriegruppen über die Teilnahme am Bau des Riesenprojektes verhandelt, das bestimmt ist, dem Niltal und mithin der Lebensader Ägyptens ein neues Gesicht zu geben. Die Weltbank sowie die amerikanische und britische Regierung befanden sich in sehr positiven Besprechungen über die Finanzierung des Hochdamms, als John Foster Dulles im Frühjahr 1956 die amerikanische Beteiligung kurzerhand auf sagte und mithin die vorgesehenen Kredite der Weltbank unmöglich machte. Die unmittelbaren Folgen waren Nassers Nationalisierung der Suezkanal-Gesellschaft und das mißglückte Eingreifen des israelisch-britisch-französischen Dreibundes gegen Port Said und den Kanal.

## Bonns Angebot

Zwei Jahre hörte man nichts vom Damm, obwohl hinter den Kulissen dauernd verhandelt wurde. Westdeutsche Firmen lagen hier beim Rennen in vorderster Linie. Die deutsche

Bundesregierung entschloß sich nun plötzlich, mit einer Kreditgarantie von 200 Millionen DM herauszurücken, mußte sich aber aus Kairo sagen lassen, ihr Angebot käme zu spät für die erste Bauphase. Über diese hatten sich die Sowjets bereits die alleinige Verfügung vorbehalten. In fünf Jahren, nach Beendigung dieser Phase, könne man wieder miteinander reden, hieß es in Kairo. Außer der Bundesrepublik hatten Japan, Italien, Großbritannien und die Sowjetzone ihr Interesse an einer Beteiligung beim zweiten Baustadium bekundet.

Als sich die russisch-ägyptischen Beziehungen wegen der kommunistischen Umtriebe in Irak und Syrien plötzlich verschlechterten, hofften einige Politiker in westlichen Ländern, nun wäre auch Rußlands Teilnahme am Assuan-Damm in Frage gestellt. In Wirklichkeit konnte man nie damit rechnen, daß der Kreml diesen ihm wieder einmal durch politische Vorurteile des Westens in den Schoß gefallenem Prestigeerfolg aus Ressentiment verschenken würde. Im Gegenteil! Chruschtschow denkt nicht daran, seinen Würgegriff auf die ägyptische Baumwolle zu lockern, die als Zahlung für die sowjetischen Kredite dienen muß.

## Sieben Tunnel

Der Damm wird eine Höhe von 110 m haben, seine Länge etwa 5 km betragen. Davon liegen 500 bis 600 m über dem eigentlichen Flußbett. Der Damm selber hat keine Schleusen. Die Regulierung der Abflüsse und die Gewinnung der elektrischen Kraft erfolgen durch sieben Umleitungstunnels, die beider-

seits des Stromes durch die Granitfelsen gebohrt werden. Zwei Millionen Feddan, etwa 900 000 ha, sollen im Niltal zusätzlich bewässert und bebaut werden. Statt jährlich wechselnder, zeitlich begrenzter Bewässerung wird diese in Zukunft ständig das ganze Jahr über gleichbleibend möglich sein. Das Volkseinkommen soll um 150 Millionen Pfund wachsen, die Staatseinnahmen sich um 20 Millionen erhöhen.

## Kreml-Rechnung

Nun haben die Russen in Moskau vorgeschlagen, statt der sieben Umleitungstunnels, die durch den Granit gebohrt werden müssen, einen offenen Umgehungs kanal zu bauen. Die Baukosten seien geringer, die Bauzeit kürzer. Das klingt alles sehr schön und verlockend. Aber was die Sowjets nicht laut gesagt haben, ist viel wichtiger: Sie ziehen damit die zweite Bauphase in die erste vor und wollen sich so bei der zweiten und umfangreicheren ebenfalls die Vorhand und den Löwenanteil sichern, möglichst auch hier wieder unter Ausschaltung des Westens. In ägyptischen Regierungskreisen sieht man dem russischen Vorstoß mit gemischten Gefühlen entgegen.

## Dieses Mal mit der SPD

Berlin (Eigenmeldung). Unter dem Motto des 1. Mai „Berlin bleibt frei“ haben sich in Berlin führende Persönlichkeiten der Wirtschaft und der Wissenschaft, der Gewerkschaften und der Parteien zu einem „Arbeitskreis 1959“ zusammengefunden. Als Ziel des Arbeitskreises bezeichnete es der DGB-Vorsitzende Scharnowski, allen Aufweichungstendenzen entgegenzutreten und die Bindung Berlins an den Westen mit allen geeigneten Mitteln zu fördern. Ein Brief an die Außenminister der Westmächte, in dem ihnen für ihren Widerstand gegenüber den sowjetischen Forderungen gedankt wird, ist u. a. auch von maßgeblichen sozialdemokratischen Politikern Berlins unterzeichnet.



# Washington: Es liegt bei Gromyko

## Antwort auf neue Beschwichtigungsrede zur Berlin-Frage

Washington (upi/ap/dpa). Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte, es liege bei der Sowjetunion und dem sowjetischen Außenminister Gromyko, der zweiten Phase der Genfer Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen. Gromyko hatte am Sonntag in einer 15seitigen Erklärung erneut behauptet, daß der Ostblock Westberlin nicht in seinen Machtbereich einbeziehen wolle.

Wörtlich sagte Gromyko: „Wir möchten glauben, daß die Regierungen der Westmächte die Unterbrechung der Genfer Konferenz dazu benutzen . . . um die sowjetischen Vorschläge

vernünftiger zu beurteilen, ihre unrealistischen Konzeptionen . . . aufzugeben und ihrerseits damit zu beginnen, ein Abkommen vorzubereiten, das die Lage in Berlin normalisieren und den Weg zu einer friedlichen Regelung der Deutschlandfrage ebnen könnte.“

Gromyko betonte erneut, daß der Westen die von der Sowjetunion gesetzte Frist falsch verstanden habe. Sie sei keineswegs als Ultimatum gedacht, und es sei auch unrichtig, daß die Sowjetunion nach Ablauf der Fristen sämtliche westliche Rechte in Berlin als automatisch beendet ansehen und einseitige Maßnahmen ergreifen wolle. Es gebe einige Punkte, die darauf hoffen ließen, daß die Genfer Konferenz erfolgreich abgeschlossen werden könne.

### Italien soll teilnehmen

Die Außenminister der Westmächte werden vor der Fortsetzung der Genfer Konferenz am 13. Juli noch einmal zusammentreten. Ein Sprecher der Bundesregierung teilte in Bonn mit, daß die Zusammenkunft

vorussichtlich in Genf stattfinden werde. Mit einer Teilnahme des italienischen Außenministers Pella sei die Bundesregierung einverstanden. Italien hatte im NATO-Rat in Paris verlangt, daß vor der zweiten Phase der Genfer Beratungen eine Konferenz der Außenminister aller Westmächte stattfinden solle. Der französische Staatspräsident de Gaulle hatte sich nach seinem Besuch in Italien dieser Auffassung angeschlossen.

### Einspruch der Benelux

Während die italienische Regierung jetzt eine Außenministerkonferenz lediglich mit römischer Beteiligung zu befürworten scheint, erklärte ein Sprecher des niederländischen Außenministeriums, daß die Beneluxländer gegen ein Außenministertreffen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der USA Einspruch erheben würden. Wie der Sprecher sagte, würden sich die Beneluxländer dagegen wenden, daß ein früherer „Feindstaat“ gehört werde, während frühere Verbündete nicht an der Konferenz teilnehmen sollten. Die Beneluxländer würden deshalb Besprechungen aller NATO-Mächte bevorzugen.

## Mommer warnt „Einzelgänger“ der SPD

Berlin (Eigenmeldung). Auf einer Mitgliederversammlung des Osterliner SPD-Kreises Friedrichshain hat der Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Mommer, eindringlich davor gewarnt, sich gegenwärtig in sogenannte Wiedervereinigungsgespräche mit dem Ulbricht-Regime einzulassen. Die Kommunisten in Pankow würden daraus nur folgern, sie seien stärker geworden, und dies wiederum vertiefe die Spaltung Deutschlands. Unter Beifall stellte Karl Mommer fest, die SPD sei nach wie vor die Partei Kurt Schumachers. Es gebe ohne Zweifel einige „trojanische Esel“ und auch einige Anfälligkeiten gegenüber dem Osten bei „Leuten am Rande der Partei“. In ihrem Kern aber sei die Partei gesund. Nachdem Mommer von der Notwendigkeit „gerade bei Sozialdemokraten“ gesprochen hatte, „ein wenig Nationalbewußtsein zu entwickeln“, stellte er die Sowjets vor die Alternative, entweder mit dem deutschen Volk in Frieden leben zu wollen oder einen „Widerstand mit allen Konsequenzen“ herauszufordern.

## Geduld — stärkste Waffe

### Adenauer bei den Schlesiern — Für gute Beziehungen zu Polen

Köln (dpa/ap). Das Recht der Heimatvertriebenen auf ihre Heimat hat Bundeskanzler Adenauer auf der Schlußkundgebung des Deutschlandtreffens der Schlesier bekräftigt. Vor der ganzen Welt müsse unterstrichen werden, so sagte der Kanzler, daß „kein Stück des alten Deutschen Reiches jemals ohne Vertrag von uns genommen werden darf.“ Adenauer sprach sich für gutnachbarliche Beziehungen zum polnischen Volk aus, meinte jedoch, mit den jetzigen Machthabern sei ein Zusammenwirken nicht möglich, da diese unverbrüchliche Anhänger der Sowjets seien. Er hoffe aber, daß eines Tages die Spannung um die gegenwärtigen Grenzen gemildert und West und Ost in Europa ein Zusammengehörig-

keitsgefühl entwickeln werden, das jede Spaltung verhindert.

Mit den Fahnen der schlesischen Gaue, den Volkstrachten und Wappen aus allen Gebieten Deutschlands bot die Abschlußkundgebung ein farbenprächtiges Bild. Sie wurde mit dem Geläut der Glocken des Grenzdurchgangslagers Friedland und einem Gedenken an die Tote des großen Trecks nach dem Westen bei Kriegsende eröffnet.

Der Kanzler sagte den Schlesiern, die stärkste Waffe des Besiegten sei und bleibe die Geduld und ein zuverlässiger stetiger Glaube an die Heimat und das eigene Volk. Das zahlreiche Erscheinen vor allem junger Menschen wertete er als Beweis dafür, daß das Heimatgefühl in der Jugend lebendig ist.



# Verstimmung in Skandinavien

## Kritik an Pankows Ostsee-Woche

Rostock (dpa/upi). Mit einer sogenannten nordischen Arbeiterkonferenz wurde in Rostock der politische Teil der Ostsee-Woche eingeleitet. An ihr nahmen 300 Vertreter der kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen in der Sowjetunion, Polen und der Sowjetzone sowie zumeist kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre aus den skandinavischen Ländern teil. Sie wollen über „Kampfmaßnahmen zur Sicherung des Friedens im Ostseeraum“ beraten. Die Ostsee-Woche zeichnet sich durch ein „Liebeswerben“ der Zonenfunktionäre um die skandinavischen Länder aus. Sie dürfte damit u. a. der Vorbereitung des Chruschtschow-Besuchs in Skandinavien dienen. Die dänische und schwedische Presse

hat auf das Werben um eine atomwaffenfreie Zone in Nord- und Nordosteuropa zum Teil in sehr heftiger Weise reagiert. Die konservative dänische Zeitung „Dagens Nyheter“ wirft der Sowjetunion vor, sie wolle im Gebiet der Ostsee einen „Frieden des Todes“ schaffen.

Der schwedische Außenminister Unden hat den Gedanken einer Neutralisierung der Ostsee, den Chruschtschow in seiner Rede in Riga vertreten hatte, zurückgewiesen. Seine klare Stellungnahme wird von der schwedischen Presse einhellig begrüßt. Unden habe damit nicht nur für Schweden, sondern für den ganzen skandinavischen Norden die Grenzen für die Gesprächsthemen beim bevorstehenden Besuch Chruschtschows gezogen.

# Rummel an der Ostsee

DT. Was soll der politische Rummel an der Ostsee? Seit Wochen rühren die Kommunisten die Propagandatrommel, seit Wochen schon werden laute Reden nach Skandinavien hinüber gehalten, und jetzt ist sie schließlich ausgebrochen, die Ostseewoche, die „Friedenswoche“. Leider ist diesem Frieden um so weniger zu trauen, je öfter er besungen wird. „Wer Frieden will, möge auch friedliche normale Beziehungen zum friedliebenden deutschen Staat, zur Deutschen Demokratischen Republik herstellen...“, ließ sich Ulbricht in Rostock vernehmen. Vielleicht fiel den Skandinavern nicht auf, in welch schlechtem Deutsch der SED-Chef um die Anerkennung seiner Satrapie rang. Ihre ersten, recht unwilligen Reaktionen, lassen jedoch darauf schließen, daß sie verstanden haben, was Ulbricht meinte und was Chruschtschow will.

Der Ostsee-Rummel mit fähnenschwingenden Kindern, ungemein lustigem Strandtreiben und taktlosen Ausfällen gegen die Bundesrepublik ist ein wichtiger Akt kommunistischen Welttheaters. Natürlich geht es auch um Pankows Salonfähigkeit. Im Vordergrund steht je-

doch der Wille Moskaus, das nordeuropäische Terrain ebenso wie die mittel- und südeuropäischen Vorfelder des roten Reiches strategisch — und damit politisch — in seinem Sinn zu bereinigen. Chruschtschow wünscht ein atomwaffenfreies Deutschland und Skandinavien, einen „friedliebenden“ Balkan und Vordenen Orient, Zonen also, in denen niemand Atom- und Raketenwaffen besitzen darf außer der Sowjetunion. Seine lebhaftere Reisetätigkeit von Tirana nach Riga und im August in die nordischen Länder beweist, welche Bedeutung er dieser fürwahr glänzenden Idee beimißt.

Seit Chruschtschow unbestrittener Herr im Kreml ist, läßt sich Moskaus Politik auf einen Nenner bringen. Er lautet: Beseitigung des amerikanischen Stützpunktsystems, das die Sowjetunion umschließt. Alle Aktionen, von dem Vorstoß gegen Formosa, der indirekten Aggression im Nahen Osten bis zu den Drohnoten gegen nahezu alle Länder außerhalb des kommunistischen Blocks, dienen diesem Ziel. Der Erfolg, den Chruschtschow bis jetzt erzielen konnte, steht in keinem Verhältnis zu dem Aufwand an Stimme, Tinte und Benzin,

## Werner Jöhren †

Berlin (Eigenmeldung). Am vergangenen Sonnabend ist der langjährige Leiter des Ostbüros der CDU, Werner Jöhren, gestorben. Mit ihm hat die Gesamtpartei der Christlich-Demokratischen Union einen hervorragenden Mitarbeiter verloren.

Werner Jöhren — 1900 in Guben geboren, in jungen Jahren nach Berlin gekommen, Gründer eines bekannten Verlages, politisch tätig in jungdemokratischen Kreisen der Weimarer Republik, unentwegter Gegner des Nationalsozialismus — gehört zu denen, die 1945 redlich versuchten, auch im sowjetischen Besatzungsgebiet eine anständige politische Ordnung zu schaffen. Das Kriegsende überraschte ihn auf der Insel Usedom. Dort gründete er im September 1945 die CDU und wurde Mitglied der CDU des Landes Mecklenburg. Als Landrat des Kreises Usedom und als Abgeordneter im mecklenburgischen Landtag, wo er nach der Landtagswahl 1946 Fraktionsvorsitzender der CDU wurde, war er ein hartnäckiger Verfechter deutscher Auffassung von Demokratie und Freiheit gegenüber den Vertretern der Besatzungsmacht und der SED. In der Kaiser-Krise Ende 1947 scheute er sich nicht, sofort und eindeutig für die legale Parteiführung einzutreten. So war es kein Wunder, daß er den Weg des politischen Flüchtlings gehen mußte.

Seit 1948 hat Werner Jöhren von Berlin aus die politische Arbeit fortgeführt. Er bemühte sich mit Erfolg, die menschliche Verbindung zu den christlichen Demokraten in der Zone fortzusetzen, die sich seit 1948 nicht mehr dagegen wehren konnten, daß ihnen eine gleichgeschaltete SED-hörige Parteiführung aufgezwungen wurde. Im legalen Hauptvorstand der Exil-CDU vertrat er die Landsmannschaft Mecklenburg, die ihn noch vor einer Woche auf dem Exil-Parteitag in Fulda zu ihrem ersten Sprecher wiedergewählt hatte. Demokratische Freiheit und nationale Selbstbestimmung, das waren die politischen Grundsätze, die Werner Jöhren bewegten.

Der Tod griff nach ihm mitten in einem kurzen Erholungsurlaub,



# Mit Schalmeien und Siebenmeilenstiefeln

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

**B. Berlin (Eigenbericht).** Die SED bringt unverhohlen zum Ausdruck, daß sie das politische System der Sowjetzone eines Tages auf Westberlin und auf die Bundesrepublik übertragen will. Die Funktionäre unterliegen dabei dem Irrtum, die Verhältnisse in Mitteldeutschland würden auf die Bundesbürger attraktiv wirken und übersehen, wie ablehnend sich die Bevölkerung Mitteldeutschlands zu den meisten „Errungenschaften“ verhält.

### DRESDEN

Mit Schalmeien und Siebenmeilenstiefeln. Auf dem Pressefest am Sonntag marschieren 30 Kapellen, 10 Spielmannszüge 5 Schalmeienkapellen und 180 Wagen in einem großen Festzug. Die „Sächsische Zeitung“ (SED) schreibt dazu: „Unser roter Siebenmeilenstiefel, Symbol unseres Vorwärtstrebens, gefüllt mit guten Taten, führt die buntgeschmückten Festwagen, auf denen vielfältig und ideenreich all das zum Ausdruck kommt, was in Betrieben und auf dem Lande vorbereitet wurde, um es auf den Geburtstagstisch unserer Republik zu legen. Die Professoren der Technischen Hochschule Dresden haben ihre guten Taten in das große Buch geschrieben. Es sind die Verpflichtungen zum „Aufbau des Sozialismus“.“

„Unruheteufel und Schwatzliese“. Unter der Losung: „Lernt fleißig, seid fröhlich und kämpft am besten, dann bleibt das Siegesbanner auch in Dresden“ verpflichteten sich die Jungen Pioniere, in gegenseitiger Unterstützung den „Unruheteufel“ und die „Schwatzliese“ im Unterricht zu vertreiben und dafür zu sorgen, daß keiner sitzenbleibt. Weiter heißt es in einer Verpflichtung: „Für unser aller Wohlstand und Glück decken wir den Tisch der Republik! Jede Pioniergruppe mäset 10 Kaninchen.“

### OSTBERLIN

Schlagervettbewerb mit sozialistischem Inhalt: Nur Anerkennungspreise verteilte ein

Preisrichterkollegium an 21 Autoren. Insgesamt waren 6297 sozialistische Schlager eingereicht. Eines der prämierten Lieder lautet: „Der Offenstall“:

„Die Kühe haben dralle Waden, dralle Waden, dralle Waden / vom Futter selbstbedienungsladen, im neuen Offenstall. / Die Euter, alle rund und dicke, rund und dicke, / zeugen von dem Mutterglücke in unserm Offenstall.“

### Gaststätten im Wettbewerb:

Die Ostberliner Gaststätten wollen die Verkaufskultur verbessern und künftig die Wartezeiten durch schnelle Bedienung verkürzen. Die Engpässe in Geschirr und Gläsern sollen beseitigt werden. Die Kritik der Gäste wegen warmer Brause im Sommer und abgestandenen Bier will die SED nachprüfen. Die Gaststätten von Frankfurt/Oder haben das Planziel, Ostberlin in der „Gaststättenkultur“ zu überflügeln.

### BAUTZEN

„Der Killer mit der sanften Stimme“. Gegen das westdeutsche Filmprogramm der „Scheußlichkeiten“ wettet die „Sächsische Zeitung“: „Ekelhafte Ungeheuer, sadistische Kreaturen und grauenerregende Skelette werden in der bevorstehenden Filmsaison die Leinwand der westdeutschen und Westberliner Kinos bevölkern. Nachdem trotz der bisherigen Sex- und Verbrecherfilme die Besucherzahlen sinken, überbieten sich nun die Filmverleihe mit einem Angebot von „Horrorfilmen“. Mit diesen neuen Streifen sollen nicht nur neue Geschäfte gemacht, sondern jegliche humanistischen Gefühle durch Sadismus beseitigt werden. Der Bonner Regierung sind Filme dieser Art hochwillkommen. Sie passen haargenau zu den Zielen der psychologischen Kriegführung. Die westdeutschen Jugendlichen werden regelrecht gezwungen, sich diese Filme anzusehen.“

„Sozialistische Filme für die Jugend.“ Geschlossen müssen

die Schüler der mitteldeutschen Schulen „sozialistische“ Filme wie zum Beispiel „Das Lied der Matrosen“ besuchen.

„Tempo — Technik — 1000 Tage“ heißt ein Wettbewerb, mit dem der Pro-Kopf-Verbrauch der westdeutschen Bevölkerung in der Zone überboten werden soll. Jeder Jugendliche soll einen Verbesserungsvorschlag vorlegen, um den Amtsschimmel und den Bürokratismus durch bessere Technik und Organisation zu überwinden.

### POTSDAM

Landsontag als Beitrag für Genf. Die SED-Funktionäre haben die Anweisung erhalten, auf dem Lande in Einzelgesprächen zu erklären: „In allen Bezirken soll das Gespräch mit den werktätigen Einzelbauern für den Eintritt in eine LPG geführt werden, so stärken wir unsere Arbeiter- und Bauernmacht, so unterstützen wir die Verhandlungen in Genf und helfen mit, daß der Außenministerkonferenz ein Gipfetreffen folgen wird.“

## Herter nach Berlin

Washington (upi). Der amerikanische Außenminister Herter hat eine Einladung des Regierenden Bürgermeisters Brandt angenommen, Berlin zu besuchen. Herter teilte Brandt mit, daß er der Einladung „in naher Zukunft gern folgen werde“. Der genaue Termin steht noch nicht fest. Wie ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums sagte, will Herter während oder nach Abschluß der am 13. Juli beginnenden zweiten Phase der Genfer Außenministerkonferenz nach Berlin fliegen.

Ein Sprecher des Berliner Senats äußerte seine Befriedigung über die Entscheidung des amerikanischen Außenministers. Er sagte: „Wir Berliner freuen uns, jetzt die zeitliche Bestätigung für eine im Prinzip bereits angenommene Einladung zu haben. Der Besuch Herters zeigt uns und der Welt daß wir starke Freunde haben.“



# Als der Mord zum Gesetz wurde

Am 30. Juni 1934 fielen Hunderte einer rechtlosen Justiz zum Opfer

DT. Berlin (Eigenbericht). Am 30. Juni 1959 jährte sich zum 25. Male der Beginn des dunkelsten Kapitels der nationalsozialistischen Herrschaft, die gesetz- und rechtlose Liquidierung von Menschen, durch deren Existenz sich das Nazi-System bedroht fühlte. Von dieser „deutschen Bartholomäus-Nacht“, deren Hintergründe bis heute nicht restlos geklärt werden konnten, führt ein grader Weg zu den Judenverfolgungen, zu den Vernichtungslagern Auschwitz, Dachau, Belsen usw., zu den Millionen ermordeter Polen und Russen und schließlich zum totalen Zusammenbruch des Reiches in der Niederlage von 1945.

Niemand vermag noch heute auch nur annähernd genaue Auskunft darüber zu geben, ob am 30. Juni 1934 einige hundert Menschen oder, wie nicht ohne Grund vermutet wird, etwa 2000 erschossen — ermordet wurden.

Gegen wen richtete sich die Aktion? Sie richtete sich vor allem gegen ein sich abahnendes SA-Komplot. Der Stabschef der SA, Ernst Röhm, war mit seinen 150 000 halbmilitärisch ausgebildeten und zum großen Teil bewaffneten SA-Leuten zu einem gefährlichen Rivalen geworden. Röhm hatte durchblicken lassen, daß er von der Realisierung der Machtübernahme enttäuscht war. Himmler und Göring waren von selbst gefährliche Gegenspieler des Stabschefs geworden.

Die Ereignisse um den Röhm-Putsch sind in den Prozessen der vergangenen Jahre ausführlich dargestellt worden. Über die Rolle Schleichers und der Reichswehr im Zusammenhang mit dem 30. Juni wird an anderer Stelle in dieser Zeitung eingegangen.

Es erscheint aber wichtig, hier auf die dritte Gruppe hinzuweisen, gegen die die Schergen Hitlers einen Vernichtungsschlag führten: Die leitenden Männer der katholischen Laienbewegung, an der Spitze der Führer der Katholischen Aktion in Berlin, Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener.

Sechs Tage bevor ein SS-Peloton in sein Dienstzimmer eindrang und mehrere Pistolenkugeln ihn niederstreckten, hatte Klausener auf der von 60 000 Menschen besuchten Schlußkundgebung des Märkischen Katholikentages in Berlin-Hoppegarten spontan das Wort ergriffen und vor allem

die katholischen Arbeiterorganisationen gegen die Verleumdung der damals inzwischen auf vollen Touren laufenden NS-Propaganda verteidigt. Unmittelbar vorher hatte Professor Dofivat, mit Klausener eng befreundet und sein Mitarbeiter in der Katholischen Aktion, in einer Rede gefordert, den „fanatischen Haß mit seinem seelentötenden Gefolge zu zerschlagen“. Diese Worte bezogen sich eindeutig auf die im Sommer 1934 angelaufenen Judenverfolgungen, und sie wurden von den 60 000 als solche verstanden und mit lang anhaltendem Beifall bedacht.

Erich Klausener, gebürtiger Rheinländer, war eine energiegeladene Persönlichkeit. Er liebte die Aktivität; ihm war ein bemerkenswertes Organisationstalent eigen. Seine großen Fähigkeiten hatte er seit Jahren in den Dienst der Katholischen Aktion gestellt, jener Bewegung, die aus den in der Diaspora zerstreuten Katholiken eine bekenntnisfreudige und ihrer eigenen Kraft bewußte Gemeinschaft zu formen bestrebt war. In dieser Stellung mußte Klausener den Machthabern des Dritten Reiches höchst suspekt, ja gefährlich erscheinen. Der ehemalige Leiter der Polizei im preußischen Innenministerium dürfte außerdem zuviel über die Gewalttaten der SA und SS gewußt haben, als daß man sich seiner nicht gern entledigt hätte. Klausener war ja noch bis zum 1. März 1933, also wenige Tage über den Reichstagsbrand vom 27. Februar hinaus, in dieser Stellung gewesen, ehe er in das „unpolitische“ Verkehrsministerium versetzt worden war.

Mit der zynischen Bemerkung, er habe seinen Auftrag,

den er vom „Führer“ erhalten habe, „erweitert und einiges milderledigen lassen“, hatte Göring auf der internationalen Pressekonferenz unmittelbar nach der Aktion des 30. Juni den entsetzten Journalisten die Ermordung zahlreicher unschuldiger Opfer „begründet“. Dennoch wurde gerade der Mord an Klausener raffiniert als Selbstmord getarnt. Obwohl seine Freunde wie auch die große Zahl der Katholiken nie an diese Version geglaubt haben, ist es erst 17 Jahre später, während des Prozesses gegen den SS-Hauptsturmführer Gildisch, der zugab, Klausener auf Befehl Heydrichs erschossen zu haben, gelungen, der Wahrheit ans Licht zu verhelpen.

Einen Tag nach Klausener fiel — vermutlich in Dachau, man weiß es bis heute nicht genau — der katholische Münchener Publizist und leitender Redakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Dr. Fritz Gerlich, den Kugeln seiner Mörder zum Opfer. Mit klarem Blick hatte er das wahre Gesicht des Hitlerreiches frühzeitig erkannt und das Verbrechen unerschrocken angeprangert.

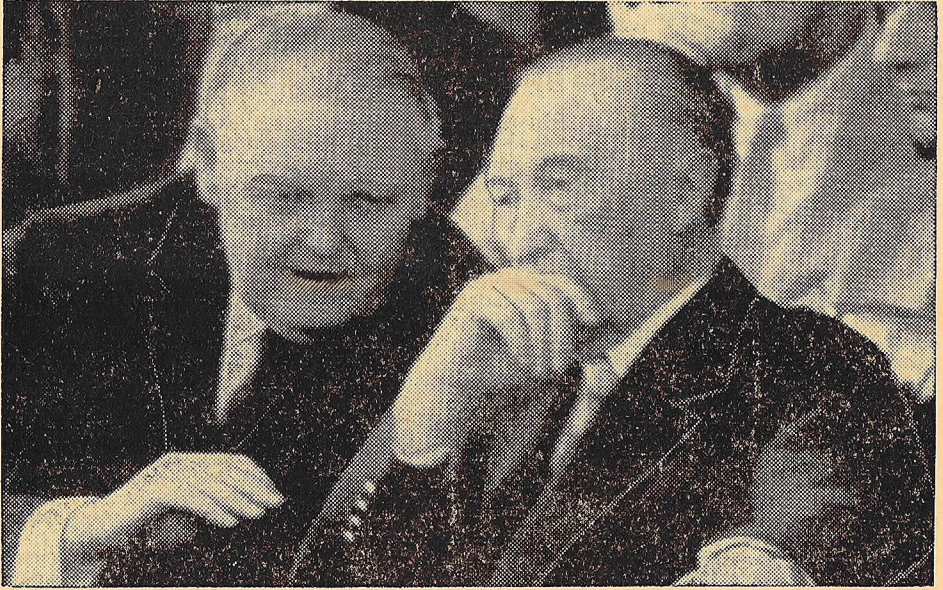
Auch der Führer der „Deutschen Jugendkraft“, Adalbert Probst, ein weiterer Exponent der katholischen Opposition, mußte in jenen Tagen sterben. Schließlich gehören Papens Mitarbeiter Edgar Jung und von Bose in diese Phalanx. Sie bezahlten für die berühmte Marburger Rede, in der der Vizekanzler vor der Fortsetzung des Weges der Gewalttaten gewarnt hatte.

Der 30. Juni 1934 fand im katholischen Lager noch keine geschlossene Widerstandsgruppe vor, wie zehn Jahre später der 20. Juli. Selbst ein Mann wie Erich Klausener hat damals noch geglaubt, durch loyale Mitarbeit die dunklen Kräfte der heraufgezogenen Revolution binden oder neutralisieren zu können.

---

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.





**BILDER DER WOCHE.** Oben: „Wenn ich Ihnen noch etwas sagen darf . . .“, scheint Vizekanzler Erhard dem Bundeskanzler auf der Regierungsbank zuzuflüstern. — Unten: Zur Begrüßung de Gaulles in Italien hatten sich Staatspräsident Gronchi und führende Persönlichkeiten eingefunden.

